Magazin
erwachsenenbildung.at

Meb

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

https://erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 58, 2026

Utopien als Triebfeder gesellschaftlicher Transformation

Ein historischer Streifzug durch Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements

Barbara Litsauer

In der Ausgabe 58, 2026:
Utopien und Erwachsenenbildung.

ISSN 1993-6818
Ein Produkt von https://erwachsenenbildung.at
Erscheint 3x jährlich

Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

bifeb
bundesinstitut für erwachsenenbildung

Utopien als Triebfeder gesellschaftlicher Transformation

Ein historischer Streifzug durch Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements

Barbara Litsauer

Zitation

Litsauer, Barbara (2026): Utopien als Triebfeder gesellschaftlicher Transformation. Ein historischer Streifzug durch Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 58, 2026. Online: https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-58.

Schlagworte: Utopien, Zivilgesellschaft, Transformation, politische Bildung, Vereinsarbeit, utopische Ideen

CC BY

Abstract

Utopische Ideen haben gesellschaftliche Veränderungen über Jahrhunderte mit angestoßen. Der Beitrag von Barbara Litsauer zeichnet anhand historischer Beispiele nach, wie selbstorganisierte Initiativen und Vereine politische Partizipation und gesellschaftliche Veränderungsprozesse vorantrieben. Der Bogen reicht von den sociétés im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts und der Auseinandersetzung um Menschenrechte über Frauenvereine im Kampf um das Frauenwahlrecht bis zur Wiener Siedlerbewegung und weiteren Formen gemeinschaftlicher Selbstorganisation. Auch die Anfänge der Kranken- und Sozialversicherung sowie Beispiele gemeinschaftlicher Organisation von Wissen nimmt der Beitrag in den Blick. Zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement zeigt sich dabei als Ort politischer Erwachsenenbildung und als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Aus dieser Perspektive erscheinen Utopien als fortlaufende Prozesse gesellschaftlicher Transformation. Sie bleiben unabgeschlossen und müssen immer wieder neu verhandelt und kritisch geprüft werden. (Red.)

Utopien als Triebfeder gesellschaftlicher Transformation

Ein historischer Streifzug durch Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements

Barbara Litsauer

Im Moment ihres Entstehens angezweifelt, diffamiert und teilweise sogar in die Illegalität gedrängt, fungieren utopische Ideen seit Jahrhunderten als Triebfeder menschlichen Handelns. Getragen von politischem Engagement und selbstorganisierten Vereinen initiieren sie oft große gesellschaftliche Veränderungen. Zivilgesellschaftliche Initiativen werden dabei zu Orten politischer Bildung und tragen zumal entscheidend zur Demokratisierung bei.

Unzufriedenheit, Hoffnung und Utopie

„Aber etwas fehlt", ließ Bertolt Brecht seinen Protagonisten und Antihelden Jim Mahoney in der Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" (uraufgeführt 1930 in Leipzig) wiederholt feststellen, obzwar ein von ihm selbst gemachtes Gesetz, besaß man nur genug Geld, alle körperlichen Genüsse und moralischen Freiheiten erlaubte (siehe Brecht 2013). Heute möchte man einstimmen, ja, etwas fehlt, als Triebfeder menschlichen Handelns: eine konkrete Utopie, ein Zukunftsentwurf, der im Augenblick seines Entstehens bereits den Beginn eines Entwicklungsprozesses, also den Weg einer gesellschaftspolitischen Umsetzung einschlägt.

Diesen Bogen spannten Ernst Bloch und Theodor W. Adorno in ihrem berühmt gewordenen Radiogespräch über „Möglichkeiten der Utopie heute" im SWR 1964. Sie bezeichneten die Unzufriedenheit mit einer Situation, die Unzulänglichkeit einer gefällten Entscheidung oder auch ein möglicherweise nur mühsam erzieltes und dann auch noch unbefriedigendes Ergebnis als einen wesentlichen Motor für die bewusste Gestaltung der eigenen Lebenswelt (siehe Adorno/Bloch 2010). Ernst Blochs zentrales Werk „Das Prinzip Hoffnung" (1938–1947) ist mittlerweile als geflügeltes Wort in den breiten Sprachgebrauch übergegangen – die Verbindung vom philosophischen Konzept zur politischen Erwachsenenbildung mit ihrer Praxis im ehrenamtlichen Engagement ist nicht schwierig herzustellen.

Mehr als Nicht-Orte

Zieht man den Ursprung des Begriffes in Betracht, und hier vor allem die Vorsilben ou („nicht") und eu („gut"), sind Utopien „Nicht-Orte" (ou-tópos) oder auch „gute Orte" (eu-tópos) (siehe Strasburger 2024). Hier liegt wohl unter anderem der Grund, warum immer wieder das „Utopische" im Sinne des Nicht-Ortes dem „Konkreten" nicht ganz unabsichtlich entgegengestellt wird. Denn egal ob es sich um Sozialutopien handelt, wie bei Tommaso Campanellas (1568–1639) „Stadt der Sonne" (ital. Originalfassung 1602), wo eine Gemeinschaft

ohne Eigentum, ohne Familie, aber mit kollektivistischer Wirtschaft funktioniert, wo Produktionsmittel in den Händen der Gemeinschaft liegen (siehe Greffrath 2026), oder um literarisch utopische Entwürfe, wie bei Louis-Sébastien Merciers (1740–1814) „Das Jahr 2440. Ein Traum aller Träume“ (franz. Originalfassung 1771), in dem bereits die Utopie von der örtlichen Dimension des Begriffs in die zeitliche gewechselt hat (siehe Siebenpfeiffer 2020) – „Utopie“ wirkt schwer greifbar, abstrakt, vielleicht sogar kindlich naiv.

Doch ein Blick in die Geschichte zeigt, dass solche Utopien, gerade die letztgenannte, durchaus zumindest teilweise eine Umsetzung fanden. Hatte Mercier seinen Protagonisten 1769 einschlafen lassen, um im Jahr 2440 in einer veränderten politischen Ordnung zu erwachen (siehe Biesterfeld 1985), erlebte er selbst einen Systemwechsel, der zum Zeitpunkt des Erscheinens des Romans noch undenkbar oder eben ganz und gar nicht denkbar schien: 1792 wurde Frankreich erstmals als Republik ausgerufen – der Beginn eines Prozesses, der letztlich den Weg zur Demokratie ebnete.

Das transformative Potenzial verwirklichter Ideen

Neben diesen hier nur kurz angerissenen „Klassikern“ aus Literatur und Philosophie lassen sich auch historische Beispiele finden, in denen ein anfängliches utopisches zivilgesellschaftliches Engagement realisiert wurde. Nicht selten waren es Initiativen kleiner Gruppen, manchmal waren es Vorläufer von Vereinen, die sich einem gemeinsamen Anliegen oder Ziel verschrieben hatten.

Nachfolgend seien in einem Streifzug Beispiele angeführt, die einen Zusammenhang zwischen utopischen Entwürfen, politischer Erwachsenenbildung und gemeinnützigem Engagement herstellen. Gemeinsamer Nenner ist: Sie wurden im Moment ihres Entstehens angezweifelt, diffamiert und teilweise sogar in die Illegalität gedrängt.

Schritte in Richtung Partizipation und repräsentativer Demokratie

Als General La Fayette (1757–1834) im August 1789 einen Entwurf der Menschen- und Bürgerrechte nach dem amerikanischen Vorbild in der französischen Nationalversammlung einreichte, der in leicht veränderter Form bald darauf angenommen werden sollte (siehe Albigès/Devos 2016), handelte es sich nicht um eine kurz zuvor entstandene politische Idee. Der Proklamation war eine jahrzehntelange Entstehungsgeschichte vorausgegangen. Die Überlegung, dass der Mensch frei und gleich an Rechten geboren sei, ist ein Kerngedanke, den Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) im selben Jahrhundert in seinem Gesellschaftsvertrag formulierte (siehe Rousseau 2003 [1762]) und der sich auch in der Allgemeinen Menschrechtserklärung von 1948 wiederfindet.

Der sozialgeschichtliche Blick auf den Gesetzestext von 1789 drängt eine differenzierte Sichtweise auf die proklamierte „Gleichheit“ auf. Sämtliche sozialen Ausschlussmechanismen der darauffolgenden Jahrhunderte wurden mit ihrer Ausrufung einzementiert, denn nicht nur die besitzlose Bevölkerung war von diesen Rechten ausgeschlossen, sondern auch alle Frauen. Das Prinzip der Gleichheit wurde dem Recht auf Eigentum (nicht selten bildet die Abwesenheit des Eigentums den Kern klassischer Utopien) hintangestellt und der bürgerliche Staat eingerichtet (siehe Dvorák/Mückler 2011). Dies war bereits von Zeitgenoss:innen kritisiert worden.

Hatten auf politischer Ebene vor allem Maximilien de Robespierre (1758–1794) und Louis Antoine de Saint-Just (1767–1794) die Diskussion um das Eigentum als Menschenrecht angestoßen, die Heinrich Heine (1797–1856) auf journalistischem Weg mit dem Recht auf Brot bis in den deutschen Sprachraum und in das folgende Jahrhundert tragen sollte (vgl. Horst 2024, S. 19-44), waren es in der Praxis die sociétés, kleine Vereine als aus heutiger Sicht „Orte politischer Erwachsenenbildung“, die die institutionalisierte und sozial segregierende Rechtslage ihrer Zeit infrage stellten und zu umgehen suchten. Man traf sich abends, las gemeinsam in Zeitungen, die in dieser kurzen Phase relativer Pressefreiheit distribuiert worden waren, und debattierte über die Gesetzgebung der Nationalversammlung. Zu Wort kamen hier eben nicht nur Aktivbürger, sondern auch Kleinbürger:innen, Mittellose, Frauen. Doch blieb es nicht beim Debattieren, gemeinsam wurde ein Weg gefunden, den Ausschluss vom Wahlrecht zu umgehen. In der société wurde abgestimmt und anwesende Wahlberechtigte wurden verpflichtet, den eruierten Wähler:innenwillen bei der Stimmabgabe weiterzugeben. (Siehe dazu ausführlicher Litsauer 2021)

Es waren das die ersten Schritte Richtung Partizipation und repräsentativer Demokratie – Initiativen wie die „Pass Egal Wahl“ in Wien[1] sind also keine Erfindung des 21. Jahrhunderts.

Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Österreich

Gehen wir ein Jahrhundert weiter. Das aktive und passive Frauenwahlrecht wurde 1918 erfolgreich in Österreich implementiert. Der Weg dahin war mühsam, steinig und nicht selten gewaltvoll (siehe Hauch 1990). Der Ursprung der Durchsetzung dieses Grundrechts lag u.a. in der Arbeit kleinerer und bald größerer Frauenvereine, die sich auch teilweise international organisierten. Seien es katholische, sozialistische oder andere Frauenvereine – die Initiative lag bei Personen, die sich selbstständig organisiert hatten und stets der Anfeindung und Diffamierung des damaligen politischen Systems ausgesetzt waren (siehe Bader-Zaar 1997).

Freilich existierten auch unter den Frauenvereinen, die seit dem Vereinsgesetz von 1867 nicht mehr politisch ausgerichtet sein durften, unterschiedliche Vorstellungen vom Frauenwahlrecht. Fanden einige katholische Frauenvereine das Frauenwahlrecht im Rahmen des Zensuswahlrechts akzeptabel, schlossen Marie Lang (1858–1934), Rosa Mayreder (1858–1938), Auguste Fickert (1855–1910) und ihre Mitstreiterinnen einen solchen Kompromiss kategorisch aus (siehe Fickert et al. 1899). Und auch wenn die sozialistische Partei sich grundsätzlich für ein Frauenwahlrecht aussprach, war es Victor Adler (1852–1918), der zwischen 1905 und 1907 dafür stand, dass Frauen für die Durchsetzung des Allgemeinen Männerwahlrechts vorerst noch zurückstecken mussten (vgl. Adler 1893, S. 34ff.). – Nichtsdestoweniger würde nach 1918 und dem damit einhergehenden politischen Systemwechsel in Österreich das Frauenwahlrecht seinen Weg finden.

Die Wiener Siedlerbewegung

Fast zeitgleich mit dem Frauenwahlrecht begann um 1920 die Realisierung einer weiteren „utopischen Idee“ in Wien Gestalt anzunehmen: die Wiener Siedlerbewegung.

Hatten sich in den Jahrhunderten zuvor zahlreiche Stadt- und Wohnutopien nur in Form von Skizzen am Papier befunden (z.B. die antike Idealstadt des Hippodamos von Milet), würden sich hier Wohnformen etablieren, die Mindeststandards an Hygiene, gemeinschaftliche Arbeitsteilung von Care Arbeit, kulturelle Beschäftigung und nicht zuletzt eine deutliche Steigerung der Lebensqualität bedeuteten (siehe Hirschmann 2019), also soziale Gleichheit und Wohlfahrt durch Architektur und Wohnen. Menschenwürdiges Wohnen sollte nicht nur Hunger und Krankheit entgegenwirken, sondern gleichzeitig sollten Orte politischer und künstlerischer Bildung geschaffen werden (siehe Schneider 2019).

Waren es ursprünglich noch wilde Siedlungen, die illegal an der Stadtgrenze beim Wienerwald errichtet worden waren, sollte auch in der Folge die Stadt Wien auf diese in Eigeninitiative setzen. Der ursprünglich genossenschaftlich organisierte Wohnbau wurde erst ab 1921 offiziell unterstützt, nachdem die Stadt mit der Einrichtung von Wärmestuben auf die Situation der notleidenden Bevölkerung reagiert hatte (siehe Novy/Förster 1991).

Unter dem Einfluss Otto Wagners sollte bald ein Richtungsstreit im sozialen Wohnbau entstehen – nicht Siedlungen am Stadtrand seien erstrebenswert, sondern zentraler urbaner Wohnraum, räumlich optimal genutzt und stets mit sozialer und demokratischer Ausrichtung: Das Wohnhaus sollte ein sozialer (Kinderbetreuung und Begegnungszonen), kultureller (Theater und Bibliotheken) und somit politischer Ort sein (siehe Stuhlpfarrer o.J.).

Selbsthilfe bei Krankheit: die Unterstützungskassen

Zählte Ernst Bloch im besagten Radiogespräch mit Theodor W. Adorno (1964) noch das Wunder der Anästhesie oder Operationen mit dem Ergebnis eines Gewinns an Lebensqualität als utopische Erfolgserlebnisse auf (siehe Adorno/Bloch 2010), sprechen wir heute von lebensverlängernden medizinischen Behelfen wie einem Herzschrittmacher oder von schützendem Impfstoff mit einer gewissen Selbstverständlichkeit. Ist dieser (medizin-)technische Fortschritt vollbracht,

1 Mehr dazu unter: https://www.passegalwahl.at/; Anm.d.Red.

stellt sich in der Regel die Frage, wer diese Innovation, die das Leben erleichtern und verlängern kann, in Anspruch nehmen kann.

Die moderne gesetzliche Sozialversicherung in Österreich entstand Ende der 1880er Jahre im Zuge der Industrialisierung und der politischen Organisation der Arbeiterschaft. Österreich fungierte dabei neben dem Deutschen Reich als Pionier. Das damals etablierte System – basierend auf Pflichtversicherung, Selbstverwaltung und der Dreigliederung in Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung – bildet bis heute das Fundament der sozialen Absicherung. Historisch betrachtet greift dieses Modell jedoch auf Jahrhunderte alte Vorformen zurück. Während die Absicherung Erwerbsunfähiger (durch Alter, Krankheit oder Unfall) im agrarischen Raum traditionell innerhalb patriarchaler Familien- und Hausverbände stattfand, entstand mit der Transformation zur Lohnarbeit die Notwendigkeit institutionalisierter Systeme. (Siehe Steiner 2019)

Im Mittelalter existierten sogenannte „Bruderladen" oder „Knappenschaftskassen". Es waren das selbstorganisierte, auf Gemeinschaft basierende Systeme zur medizinischen wie sozialen Absicherung. Die Bergleute entwickelten aufgrund ihres hohen Berufsrisikos bereits ab dem 13. Jahrhundert frühe Formen der Krankenversicherung, die rechtlich in den damaligen Bergordnungen verankert waren. Während die Unterstützung durch Kollegen und Gewerken anfangs – ähnlich den Zünften – auf rückzahlbaren Darlehen basierte, wandelte sie sich im Verlauf zu dauerhaften Unterstützungsleistungen. Mancherorts wurden freiwillige Zuwendungen durch eine Verpflichtung zu regelmäßigen Kassenbeiträgen ersetzt, die direkt vom Lohn einbehalten wurden. Das Leistungsspektrum dieser Bruderladen war weit entwickelt und beinhaltete bereits Krankengeld, freie Arztwahl sowie kostenlose Medikamente. Die im Bergbau etablierten Strukturen bildeten somit ein stabiles Fundament, das im 19. Jahrhundert durch staatliche Normierungen lediglich vereinheitlicht werden musste. (Siehe Dickinger 1999)

Auch hier hat sich also aus einer selbstorganisierten Initiative ein nachhaltiges System der gemeinschaftlichen Wohlfahrt gebildet. Dass es noch im Mittelalter der Eigeninitiative bedurfte, scheint wenig verwunderlich, doch auch der Blick in die Gegenwart bestätigt die Notwendigkeit der ständigen Prüfung, Diskussion und des Schutzes vor Leistungsabbau oder das Infragestellen einer solchen Sozialversicherung.

Wissen für alle

Das kleinteilig organisierte Sammeln und Teilen von Wissen lässt sich an historischen wie gegenwärtigen enzyklopädischen Projekten festmachen. Bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts schuf Denis Diderot (1713–1784) unter der Mitarbeit zahlreicher Autor:innen, Setzer:innen, Drucker:innen etc. eine 35-bändige Enzyklopädie. Ein Unterfangen, das sich phasenweise in der Illegalität abgespielt hatte. Zeitgenössisch bekannte Autoren wie Voltaire, Rousseau und letzten Endes auch der Mit-Herausgeber d'Alembert zogen sich nach und nach von dem Projekt zurück. Unter Protektion des zentralen Zensurbeamten Malesherbes konnte Diderot dennoch ein umfassendes Nachschlagewerk schaffen, das erstmals eine systematische Darstellung des zeitgenössischen Wissens nicht nur festhielt, sondern auch zugänglich machte (siehe Naumann 1972).

Nach jedem Artikel wurden weiterführende Themenbereiche angeführt – ein enzyklopädisches System, das die Wissenschaft als zusammenhängende Struktur erkannte und sich bis heute gehalten hat: Wikipedia wird dieses Jahr 25 Jahre alt – eine frei zugängliche Enzyklopädie, die Artikel werbefrei veröffentlicht, finanziert von einer Stiftung und Spendeneinnahmen. In der ständigen Prüfung und Weiterentwicklung dieses Wissensnetzwerks engagieren sich Vereine.[2]

Auch in diesem Fall wird wieder Zweifel gesät: Wikipedia sei nicht wissenschaftlich genug, da könne jede:r schreiben, Änderungen vornehmen oder Artikel anlegen. Was hier als Kritik formuliert wird, könnte umgekehrt als demokratische Wissenschaftspraxis gelobt werden. Es handelt sich bei Wikipedia um die meist geprüfte Enzyklopädie, jede:r kann Fehler ausbessern, fehlende Artikel (oft sind hier Frauenbiografien betroffen) können ergänzt und eine Änderung kann im Rahmen der zugänglichen Rubrik der Diskussion nachgelesen werden. Die Arbeit an diesem umfassenden Werk, das fast weltweit zugänglich ist, vollbringen zu einem großen Teil ehrenamtlich Tätige, in Vereinen Organisierte oder

2 Mehr dazu unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia

schlicht die Nutzerin, die sich an einer Ungenauigkeit in einem Artikel stört.

Auch hier liegt eine Form der Utopie vor, die einem ständigen Prozess der Bearbeitung und dem Zweifel von außen unterworfen ist.

Das transformative Potenzial utopischer Ideen

Utopien werden in öffentlichen Diskussionen häufig als nicht realisierbare oder als „verträumt" abgewertete Zukunftsentwürfe dargestellt. Ihre Funktion politischer Bewusstseinsbildung oder ihr Potenzial, gesellschaftliche Gestaltbarkeit sichtbar zu machen, werden in den Hintergrund gedrängt.

Dabei ist die Unglaubwürdigkeit eine stete Begleiterin der Utopie, ihr fast zugehörig. Science Fiction, Dystopien oder Antiutopien wie jene in Atlantis wirken in weiter Ferne, als graue Theorie. Bei näherem Hinsehen sind derartige Entwürfe doch recht praxisnah: Technische und soziale Utopien überschneiden sich, sieht man sich diverse Pläne, die im Silicon Valley geschmiedet werden, an (siehe Hermsmeier 2014). Platons Atlantis ging aufgrund der hybris zugrunde: Zeus flutete die Insel, nachdem politisch Verantwortliche ihre Macht missbrauchten[3] – auch hier sind die gegenwartsrelevanten Bezüge nicht schwierig herzustellen. Ähnlich zeitlos wie aktuell liest sich Oscar Wildes (1854–1900) utopischer Entwurf in seinem Essay „Der Sozialismus und die Seele des Menschen", demzufolge Maschinen sämtliche beschwerliche Arbeiten übernehmen sollten (siehe Wilde 1982 [1891]).

Heute wie als selbstverständlich implementierte politische Regelwerke schienen noch vor wenigen Jahrhunderten als nicht realisierbar. Im Entstehungszeitraum der Menschenrechtserklärung im 18. Jahrhundert wirkte das Einfordern von Demokratie utopisch, lächerlich, wie eine Träumerei. Auch Rousseau (2003 [1762]) beschrieb die Demokratie als göttlich, also als eben nicht für das Irdische geeignet. Eine Utopie, die kleine Vereine das mangelhafte politische System untergraben ließen und so erst die eigene Partizipation ermöglichten – und das auf Basis einer Interpretation des Gleichheitsgrundsatzes, wie wir ihn in seiner heutigen Form kennen. Nicht der politisch institutionalisierte Akteur hatte also die Menschenrechte implementiert, sondern kleinere gemeinnützige Initiativen waren es.

Ähnlich verhielt es sich mit der oben beschriebenen Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Politische Partizipation über das Wahlrecht zu definieren, fasst den Begriff natürlich nicht zur Gänze. Allerdings wird das Wahlrecht als zentrales Element eines demokratischen Systems benannt. Davon ausgehend lässt sich mit einem kurzen Exkurs in die Gegenwart beobachten, dass die Formulierung und die Umsetzung des Wahlrechts zunehmend größer werdende Bevölkerungsgruppen ausschließen. 2023 besaßen mehr als ein Drittel der Menschen, die in Wien leben, kein Wahlrecht – nach Bezirken und Altersgruppen steigt diese Zahl teilweise deutlich (siehe Stadt Wien – Integration und Diversität 2023).

Aber auch das (passive) Frauenwahlrecht im Speziellen ist in der Praxis noch nicht ganz angekommen. Der Gemeindebund jubelte in seiner Pressemeldung aus dem Jahr 2025 über einen Frauenanteil im österreichischen Bürgermeister:innenamt von 11,6 Prozent (siehe Österreichischer Gemeindebund 2026). Mit der Einrichtung des Frauenwahlrechts allein ist es also noch nicht getan – etwas fehlt, auch hier.

Wie so oft bei utopischen Entwicklungen, Initiativen und Instandsetzungen handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess. Utopien können nicht erreicht oder abgeschlossen werden. Sie müssen verhandelt, kritisch geprüft und erneuert werden. Der Blick zurück kann einer:m hier Halt geben, wenn das eigene Projekt möglicherweise angezweifelt, unterfinanziert oder abgelehnt wird.

Und hier sind es oft die vermeintlich unscheinbaren, in die Zukunft gerichteten Initiativen wie ökologische Gemeinschaftsprojekte (Natur im Garten, Community Gardening etc.), soziales auf das Gemeinwesen gerichtetes Engagement (xChange Room, Näh-Cafés etc.) oder ermutigende Projekte für Frauen (FrauenLernRaum, Gewaltprävention), in denen der utopische Gedanke und der in Eigeninitiative in die Praxis umgesetzte Wunsch nach Veränderung realisiert wurden.

3 Mehr dazu unter: https://oe1.orf.at/artikel/203541/Atlantis; Anm.d.Red.

Literatur

Adler, Victor (1893): Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Oesterreich. Das Stimmrecht der Frauen. Wien: Bretschneider. Online: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/adler-victor/1893/wahlrecht/7-frauen.html [2026-10-12]

Adorno, Theodor W./Bloch, Ernst (2010): Möglichkeiten der Utopie heute. Vorträge und Gespräche. Originaltonaufnahmen. Wissen für Kopfhörer. München: Quartino (= 1 MP3-CD, 310 Min.).

Albigès, Luce-Marie/Devos, Denise (2016): L'histoire par l'image | La Déclaration des droits de l'homme et du citoyen. Motion de M. le marquis de La Fayete relativement à la Déclaration des droits de l'homme. 1789. In: L'Histoire par l'image, 08.03.2016. Online: https://histoire-image.org/etudes/declaration-droits-homme-citoyen [2026-10-12]

Bader-Zaar, Brigitta (1997): Bürgerrechte und Geschlecht. Zur Frage der politischen Gleichberechtigung von Frauen in Österreich 1848-1918. In: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts: von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. München: Beck, S. 545-562.

Biesterfeld, Wolfgang (1985): Utopie. Stuttgart: Reclam.

Brecht, Bertolt (2013): Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny. Oper in drei Akten; Textausgabe. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dickinger, Gerhard (1999): Vom Krankenversicherer zum Gesundheitssicherer. Linz: Universitätsverlag Rudolf Trauner.

Dvorák, Johann/Mückler, Hermann (Hrsg.) (2011): Staat, Globalisierung, Migration. Wien: facultas.

Fickert, Auguste (1899): Das Frauenwahlrecht in Österreich. In: Dokumente der Frauen, Band 1, Nr. 3, vom 15. April 1899. Online: https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=ddf&datum=1899&pos=71&size=45 [2016-10-12]

Greffrath, Mathias (2026): Vor 450 Jahren geboren. Tommaso Campanella – Utopist und europäischer Vordenker. Hrsg. v. Deutschlandradio. Deutschlandfunk.de. Online: https://www.deutschlandfunk.de/vor-450-jahren-geboren-tommaso-campanella-utopist-und-100.html [2026-10-12]

Hauch, Gabriella (1990): Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauen in der Wiener Revolution 1848. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

Hermsmeier, Lukas (2024): California Forever. Utopien auf der Weide. In: Zeit am Wochenende, Ausgabe 25, vom 23. Juni 2024. Online: https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-06/california-forever-stadtplanung-kalifornien-san-francisco [2016-10-13]

Hirschmann, Christoph (2019): Vom Roten Wien zur Smart City. In: Schneider, Helmut (Hrsg.): Licht. Luft. Sonne. 100 Jahre Wiener Gemeindebau. Wien: echomedia.

Horst, Christoph auf der (2024): Heinrich Heine und das Recht auf Brot. In: Brenner-Wilczek, Sabine (Hrsg.): Heine-Jahrbuch 2023. Berlin/Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 19-44.

Litsauer, Barbara (2021): Louise Robert - eine Journalistin inmitten des Geschehens der Französischen Revolution. Wien: Praesens.

Naumann, Manfred (1972): Artikel aus der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen Enzyklopädie. Frankfurt am Main: Röderberg.

Novy, Klaus/Förster, Wolfgang (1991): einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung. Wien: picus.

Österreichischer Gemeindebund (2026): Gemeindebund zum Weltfrauentag: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik! Wien. Pressesprecher Andreas Steiner. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260306_OTS0015/gemeindebund-zum-weltfrauentag-mehr-frauen-in-die-kommunalpolitik [2026-10-13]

Rousseau, Jean-Jacques (2003 [1762]): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Unter Mitarbeit von Hans Brockard. Stuttgart: Reclam.

Schneider, Helmut (Hrsg.) (2019): Licht. Luft. Sonne. 100 Jahre Wiener Gemeindebau. Wien: echomedia.

Siebenpfeiffer, Hania (2020): Die Erfindung der Zukunft. Vergangene und gegenwärtige Zukünfte ‚um' 1800 und 1900. In: Diegesis: Interdisziplinäres E-Journal für Erzählforschung. Online: https://www.academia.edu/85259326/Die_Erfindung_der_Zukunft_Vergangene_und_gegenw%C3%A4rtige_Zuk%C3%BCnfte_um_1800_und_1900 [2026-10-12]

Stadt Wien – Integration und Diversität (Hrsg.) (2023): Integrations- & Diversitätsmonitor. Unter Mitarbeit von Kemal Boztepe. Wien. Kurzfassung online: https://www.data.gv.at/datasets/6f6559e6-5035-4117-a061-47bf7aa9886c?locale=de [2026-10-12]

Steiner, Günther (2019): Zur Geschichte der österreichischen Sozialversicherung – 1. Teil. Die Sozialversicherung in Österreich von den Anfängen bis zum Ende der Monarchie. In: Soziale Sicherheit (4), S. 158ff. Online: https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.713096&version=1556618668 [2026-10-13]

Strasburger, Stanislaw (2024): Utopie. Hrsg. v. Deutscher Übersetzerfonds. Online: https://babelwerk.de/alphabet/utopie/ [2026-09-16]

Stuhlpfarrer, Anna (o.J.): Die Wiener Siedlerbewegung. Hrsg. v. WISEG. Wien Museum. Wien. Online: https://www.werkbundsiedlung-wien.at/hintergruende/siedlerbewegung [2026-10-05]

Wilde, Oscar (1982 [1891]): Der Sozialismus und die Seele des Menschen. Ein Essay. Zürich: Diogenes. Auch online: https://edition-nautilus.de/wp-content/uploads/pdf/LP_Seele_des_Menschen.pdf [2026-10-05]

Weiterführende Links

Auguste Fickert: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Auguste_Fickert

Marie Lang: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Marie_Lang

Rosa Mayreder: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Rosa_Mayreder



Foto: Lisa Leutner

Dr.in Barbara Litsauer

litsauer@politischebildung.at
https://politischebildung.at
https://www.iwk.ac.at/
+43 (0)650 3310384

Barbara Litsauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB). Zudem hat sie die Funktion der Generalsekretärin des Instituts für Wissenschaft und Kunst (IWK) mit den Forschungsschwerpunkten „Frauengeschichte“ und „Ästhetik, Politik und Kommunikation“ inne. Ihren fachlichen Hintergrund bildet ein Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien. Am Institut für Politikwissenschaft ist sie als Lehrbeauftragte in den Bereichen „Kultur und Politik“, „Theoriegeschichte und Theoriedebatten“ tätig. Ihre bisherigen Publikationen beschäftigten sich mit der Geschichte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, politischer Bewusstseinsbildung während der Französischen Revolution und jüdischer Fluchtgeschichte.

Utopias as the Motivating Force Behind Societal Transformation

A brief historical survey of examples of civil society engagement

Abstract

Over the centuries, utopian ideas have helped trigger social changes. Barbara Litsauer's article uses historical examples to trace how self-organised initiatives and associations have driven forward political participation and processes of social change. They range from the sociétés in France at the end of the eighteenth century and their discussion of human rights to women's associations in the fight for women's suffrage to the Vienna settlement movement and other forms of community self-organisation. The article also takes into account the beginnings of health and social insurance as well as examples of collaborative organisation of knowledge. Civil society engagement and volunteer work appear to provide a space for adult political education and serve as a starting point for processes of social change. From this perspective, utopias emerge as ongoing processes of societal transformation. They remain unfinished and must be renegotiated and critically examined again and again. (Ed.)

Impressum/Offenlegung

Meb
Magazin
erwachsenenbildung.at

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

erscheint 3 x jährlich online
Online: https://erwachsenenbildung.at/magazin
ISSN: 1993-6818

Medieninhaber

Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

Herausgeber

Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

bifeb
bundesinstitut für erwachsenenbildung

Herausgeberinnen der Ausgabe 58, 2026:

Em. Univ.-Prof.in Dr.in Elke Gruber
Mag.a Julia Schindler

Redaktion

Bis Ausgabe Nr. 55: CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Ab Ausgabe Nr. 56: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb)

Fachbeirat

Em. Univ.-Prof.in Dr.in Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.a Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Fachlektorat

Mag.a Laura R. Rosinger – TextConsult

Übersetzung

Mag.a Andrea Kraus, MA – KRAUS ÜBERSETZT

Satz

Marlene Schretter, BA MSc – Visuelle Kommunikation
basierend auf einem Design von Karin Klier (Tür 3 DESIGN)

Website

Wukonig & Partner OG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von Autor:innen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik und Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an Bildungsforscher:innen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von Autor:innen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Herausgeber:innen oder der Redaktion. Die Herausgeber:innen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.
Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter https://erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar.

Urheberrecht und Lizenzierung

Das „Magazin erwachsenenbildung.at“ erscheint, wenn nicht anders angegeben, ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Benutzer:innen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der Autor:in nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter https://www.fairkom.eu/CC-at.
Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb)
Bürglstein 1-7, 5360 St. Wolfgang i.S.
magazin@erwachsenenbildung.at